

**B e r i c h t Nr. G 642/19**

**für die Sitzung der städtischen Deputation für Kinder und Bildung am 17.10.2018  
unter Verschiedenes**

**Bericht: SOP**

**A. Problem**

Die Abgeordnete Kristina Vogt, Fraktion DIE LINKE, bittet um Darlegung der Gründe, aufgrund derer die Schulstandortplanung der Deputation noch nicht in ihrer Oktobersitzung vorgelegt werden kann.

**B. Sachstand**

Im Frühjahr 2018 hat die Senatorin für Kinder und Bildung auf Ebene der Beiräte ein Beteiligungsverfahren zur Aufstellung der Schulstandortplanung für die allgemeinbildenden öffentlichen Schulen der Stadtgemeinde Bremen durchgeführt. Dazu wurden die Planungsentwürfe der Behörde in fünf regionalen Planungskonferenzen vorgestellt und öffentlich diskutiert. Im Zuge dieser Planungskonferenzen wurde den Beiräten eine Frist zur Stellungnahme bis zum Beginn der Sommerferien eingeräumt und eine Beschlussfassung zur Gesamtplanung in der Deputation für Kinder und Bildung in der zweiten Jahreshälfte in Aussicht gestellt.

In Einzelfällen konnten die Stellungnahmen in den Beiräten jedoch nicht termingerecht verabschiedet werden, sodass es zu einer Beschlussfassung erst nach den Sommerferien gekommen ist. Ebenso hat der Prozess der Klärung einzelner Sachfragen zwischen Behörde und einzelnen Beiräten mehr Zeit in Anspruch genommen, als ursprünglich vorgesehen.

Aus diesem Grund konnte die ressortübergreifende Abstimmung innerhalb des Senats erst später als geplant eingeleitet werden. Die Vorlage zum Schulstandortplan für die öffentlichen allgemeinbildenden Schulen der Stadtgemeinde Bremen ist nun für die November-Sitzung der Deputation vorgesehen.

Gez.

Daniel de Olano